

Stand: 17.05.2024 20:09:17

Vorgangsmappe für die Drucksache 18/278

"Pflegerische Angehörige besser unterstützen II - Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 18/278 vom 06.02.2019
2. Beschlussempfehlung mit Bericht 18/1258 des GP vom 14.03.2019
3. Beschluss des Plenums 18/1456 vom 02.04.2019
4. Plenarprotokoll Nr. 14 vom 02.04.2019



Antrag

der Abgeordneten **Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt, Doris Rauscher, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild SPD**

Pflegende Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, die Maßnahmen zur Verbesserung der Netzwerkarbeit und des Care Managements, die der Endbericht der „Standortanalyse und Konzeption von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige“ aufzeigt, umzusetzen und eine Koordinierungsstelle Pflegeberatung zu schaffen, die zuständig ist für die Koordinierung und Bündelung der Maßnahmen zur Unterstützung der regionalen Beratungsinfrastruktur wie

- Angebote zum Erfahrungsaustausch und des Wissenstransfers,
- Unterstützung bei der Erstellung von Informationsmaterialien und
- Aufbau von Datenbanken.

Begründung:

Die SPD-Landtagsfraktion hat im Sinne der pflegenden Angehörigen erfolgreich durchgesetzt (siehe Drs. 17/8989), dass ein Gutachten erstellt wird, wo Handlungsbedarf besteht für eine Verbesserung und Vereinheitlichung der Pflegeberatung sowie der Unterstützungs- und Entlastungsangebote für pflegende Angehörige. So dass für pflegende Angehörige leicht ersichtlich ist, wo sie wohnortnah Unterstützung und Beratung erhalten können.

Inzwischen liegt der Endbericht der „Standortanalyse und Konzeption von Beratungs- und Unterstützungsangeboten für pflegende Angehörige“ vor, der von Prognos in Zusammenarbeit mit dem Kuratorium Deutsche Altershilfe erstellt wurde.

Die Studie legt ein Konzept mit drei Konzeptbausteinen sowie konkreten Handlungsempfehlungen vor, wie pflegende Angehörige besser unterstützt und entlastet werden. Nun muss umgehend die Umsetzung dieses Konzepts erfolgen.

Der zweite Konzeptbaustein zur Weiterentwicklung von Angeboten und deren Strukturierung und Vernetzung ist die Netzwerkarbeit und Care Management. Das vorliegende Gutachten sieht weiteren Bedarf in der Vernetzung zwischen Beratungs- und Leistungsanbietern und geht davon aus, dass von entwickelten Netzwerkstrukturen qualitative Impulse für die regionale Versorgungsstruktur ausgehen. Aber – so das Ergebnis der Befragung – vernetzte Strukturen sind kein Selbstläufer. Sie bedürfen einer koordinierenden Instanz.

Für den Ausbau und die Intensivierung der Vernetzung von Angeboten zur Beratung und Unterstützung in Bayern, braucht es an verschiedenen Stellen mehr Know-how und eine bessere Verknüpfung bestehenden Wissens. Hierzu gehören zum einen Angebote des überregionalen kollegialen Erfahrungsaustausches sowie Fortbildungen und Schulungen zum Thema Netzwerkarbeit und Care Management. Durch die Schulung und Vernetzung derjenigen Personen, die auch auf kommunaler Ebene Vernetzungsaufgaben erfüllen, lassen sich demzufolge perspektivisch regionale Disparitäten abbauen, die aufgrund von Wissenslücken oder fehlender Kooperation zwischen einzelnen Gebietskörperschaften entstehen.

Der Wissenstransfer durch kollegiale Beratung, Schulungen und Fortbildungen sollte durch „Best-Practice“-Datenbanken begleitet werden. In dieser Datenbank können Beispiele und spezifische Formate für Netzwerkarbeit und Care Management gesammelt werden, die sich in einigen besonders fortschrittlichen bayrischen Gemeinden in der Praxis bewährt haben und in einzelnen Fällen sogar begleitend wissenschaftlich evaluiert wurden.

Da diese kommunalen Aufgaben nach wie vor in den Bereich der freiwilligen Leistungen fallen, lassen sich nachhaltige und regelhafte Strukturen bislang nur dort etablieren, wo kommunal die politische und damit verbundene finanzielle Unterstützung vorhanden ist. Die Umsetzung der seniorenpolitischen Gesamtkonzepte veranschaulicht dies. Auf Landesebene ist der gesetzliche Auftrag geregelt, der auf Ebene der Kreise und kreisfreien Städte umgesetzt wird. Der Umsetzungsgrad variiert hingegen wiederum in Abhängigkeit der auf kommunaler Ebene zu Verfügung gestellten Ressourcen. Hier müssen weitere (verpflichtende) Zuständigkeiten für eine effiziente Vernetzung verschiedener Beratungs- und Unterstützungsangebote eindeutig geregelt werden. Als bürokratische und verwaltungstechnische Hürden wurden in den Befragungen wiederkehrend die auf unterschiedlichen Verwaltungsebenen organisierten Zuständigkeiten genannt – beispielsweise bei den Zuständigkeiten der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen und Sozialhilfe an Leistungsbezieher in der stationären und teilstationären Unterbringung. Eine verbesserte Abstimmung und Kooperation der unterschiedlichen Verwaltungsebenen und Sozialversicherungsträger kann durch eine entsprechende Rechtsverordnung und Umsetzung der Landespflegeausschüsse erzielt werden – hierfür ist die Staatsregierung am Zug.

Refinanzierungsmöglichkeiten von Netzwerken und Netzwerkarbeit bietet bspw. der § 45c Abs. 9 Sozialgesetzbuch (SGB) Elftes Buch (XI). Hierbei stehen bis zu 20.000 Euro für die Förderung regionaler Netzwerke zu Verfügung. Die Fördermöglichkeit ist allerdings einerseits bislang nicht allen kommunal zuständigen Personen bekannt, was sich durch eine abgestimmte Kommunikation und Koordination der Informationsweiterleitung innerhalb der (Spitzen-)Verbände bspw. über den Landespflegeausschuss beheben ließe. Zum anderen ist bislang kein abgestimmtes Antrags- und Förderverfahren erarbeitet worden, welches die Beantragung und Bewilligung von Fördermitteln regelt. Die Staatsregierung soll die Informationsweitergabe forcieren.

Eine wichtige Voraussetzung und Unterstützung für eine zielgerichtete Pflegeberatung sind Informationen über das Anbieterspektrum vor Ort, deren Angebote und Möglichkeiten der Kontaktaufnahme. Sie dienen gleichermaßen als Informationsbasis für die am Netzwerk beteiligten Anbieter von Beratung. Sie sollten als Printprodukt aufgelegt werden und auch in elektronischer Form z. B. über kommunale Websites, Möglichkeiten zum Download in Listenform oder als Datenbank bereitgestellt werden.

Da die eigenständige Erarbeitung dieser Art der Information viele Akteure vor Ort vor große Probleme inhaltlicher, aber auch redaktioneller Art stellt, sollen kostenlose Vorlagen zur Verfügung gestellt werden, die von den Akteuren vor Ort ohne urheberrechtliche Probleme übernommen oder auf die spezifische Situation vor Ort angepasst werden können. Solche Vorlagen sollen über den Freistaat Bayern zur kostenlosen Nutzung zur Verfügung gestellt werden.

Neben den aktuellen Informationen zum Anbieterspektrum in der Region, sind auch die für die Leistungsanbieter mit Versorgungsvertrag in öffentlich zugänglichen Datenbanken über die Pflegekassen bereitgestellten Informationen wichtig. In Ergänzung der bestehenden und zukünftig anvisierten Listen fehlt es jedoch weiterhin an laufend aktualisierten Datenbanken zu nicht leistungsrechtlich verankerten Angeboten, die im Rahmen

des ehrenamtlich/bürgerschaftlichen Engagements, im Bereich der Selbsthilfe, in Kirchengemeinden oder anderen Engagementformen, wie Seniorenorganisationen bereitstehen. Sie bilden in vielen Regionen ein wichtiges Angebotssegment, dessen Inanspruchnahme aufgrund fehlender oder schwer zugänglicher Informationen aber oft sehr erschwert ist.

Hilfreich wäre eine Datenbank, die derartige Angebote und Angebotsstrukturen in einem überregional vereinheitlichten Datenbankformat abbilden und nutzbar machen könnte. Idealtypisch sollte diese Datenbank für die Pflege und Aktualisierung der Daten über abgestufte Administratorenrechte verfügen, die den Regionen z. B. einer Kommune oder einem Landkreis die Möglichkeit bietet, regionenspezifische Daten einzupflegen, die regional, aber im Datenbankverbund auch überregional genutzt werden können. Ein derartiges flächendeckendes Angebot würde es ermöglichen, dass auch weiter entfernt lebende Angehörige Unterstützungsangebote in den Regionen recherchieren könnten, in denen z. B. Familienangehörige mit Hilfebedarf wohnen. Außerdem wäre es möglich, „informelle“ Unterstützungsmöglichkeiten auch in den Grenzbereichen der Gebietskörperschaften umfassend und in diesem Sinne „barrierefrei“ zu recherchieren. Die Bereitstellung einer derartigen Softwarelösung stellt eine Unterstützung für die Regionen dar, die überregional für den Freistaat Bayern entwickelt werden soll.

Durch die Einrichtung einer Koordinierungsstelle Pflegeberatung kann sowohl ein hohes fachliches Niveau als auch die Nachhaltigkeit im Sinne auf Dauer angelegter Supportstrukturen für lokale und regionale Akteure gewährleistet werden. Die Koordinierungsstelle ist dabei insbesondere zuständig für die Koordinierung und Bündelung der Maßnahmen zur Unterstützung der regionalen Beratungsinfrastruktur, wie Angebote zum Erfahrungsaustausch und des Wissenstransfers, Unterstützung bei der Erstellung von Informationsmaterialien sowie den Aufbau von Datenbanken.

Zuhause leben in den eigenen vier Wänden und von den Familienangehörigen versorgt werden, das wünschen sich die meisten von uns, wenn sie pflegebedürftig werden. Zum Stichtag Dezember 2015 waren in Bayern rund 350.000 Menschen pflegebedürftig, durch das Zweite Pflegestärkungsgesetz (PSG II) kommen 2017 rund 61.000 Pflegebedürftige hinzu. Drei Viertel von ihnen werden zu Hause gepflegt, davon wiederum ein Großteil allein von Angehörigen. Für die pflegenden Angehörigen stellt das oftmals eine große Herausforderung dar, psychisch, körperlich und organisatorisch. Sie haben keine entsprechende Ausbildung und müssen lernen, wie Pflege funktioniert. Sie müssen ihren Alltag bewältigen, Pflege, Familie, Beruf unter einen Hut bekommen und dabei selbst gesund bleiben.

Der aktuelle Barmer-Pflegereport 2018 zeigt auf, dass 280.000 Menschen in Bayern einen Angehörigen pflegen, doch jeder 14. möchte damit aus gesundheitlichen Gründen aufhören. Dies zeigt wieder einmal auf, wie dringend der Unterstützungs- und Entlastungsbedarf bei pflegenden Angehörigen ist, die nicht zu Unrecht als Deutschlands größter Pflegedienst bezeichnet werden.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Gesundheit und Pflege

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u.a. SPD
Drs. 18/278

Pflegende Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichterstatlerin: **Ruth Waldmann**
Mitberichterstatler: **Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer**

II. Bericht:

1. Der Antrag wurde dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Antrag in seiner 4. Sitzung am 12. Februar 2019 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Enthaltung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.
3. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Antrag in seiner 9. Sitzung am 14. März 2019 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:
 - CSU: Ablehnung
 - B90/GRÜ: Zustimmung
 - FREIE WÄHLER: Ablehnung
 - AfD: Ablehnung
 - SPD: Zustimmung
 - FDP: EnthaltungAblehnung empfohlen.

Bernhard Seidenath
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt, Doris Rauscher, Horst Arnold, Volkmar Halbleib, Natascha Kohnen, Markus Rinderspacher, Dr. Simone Strohmayer, Margit Wild SPD

Drs. 18/278, 18/1258

Pflegende Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Karl Freller

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Dritter Vizepräsident Alexander Hold

Dritter Vizepräsident Alexander Hold: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 7** auf:

Abstimmung

über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 3)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die Nummer 8 der Liste. Dies ist der Antrag der Abgeordneten Rauscher, Fehlner, Halbleib und anderer (SPD) betreffend "Für ein buntes Bayern jetzt – 1 – Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!" auf Drucksache 18/237, der auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden soll. Der Aufruf erfolgt am Ende der Tagesordnung.

Wir kommen damit zur Abstimmung über die Liste. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 3)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der SPD, der FREIEN WÄHLER, der CSU, der FDP und der AfD. Gibt es Gegenstimmen? – Enthaltungen? – Ich sehe keine. Der Abgeordnete Swoboda (fraktionslos) ist nicht anwesend. Die Frage, ob er sich einem Fraktionsvotum und welchem Fraktionsvotum er sich anschließen will, erübrigt sich damit. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zugrunde gelegt wurden (Tagesordnungspunkt 7)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Kerstin Celina u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Doppelte Anrechnung des Familiengelds auf Sozialleistungen vermeiden
 Drs. 18/110, 18/501 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend und Familie

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Bericht zur sog. Prepperszene in Bayern
 Drs. 18/113, 18/1044 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Dr. Markus Böhler u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Seitenabstandsaufkleber 1,50 Meter zu Radfahrenden auf Heckscheiben der Polizei-Fahrzeuge
Drs. 18/153, 18/1046 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Martin Stümpfig u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Energiewende in Bayern II: Mehr Einsatz für Windenergie
Drs. 18/155, 18/678 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Annette Karl SPD
Kompetenznetzwerk Künstliche Maschinelle Intelligenz – Stärkung von KI-Kompetenzen an bayerischen Hochschulen
Drs. 18/203, 18/931 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wissenschaft und Kunst

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Katrin Ebner-Steiner, Markus Plenk, Christoph Maier u. a. und Fraktion (AfD)
Sichere Energieversorgung für den Wirtschafts- und Industriestandort Bayern durch sinnvollen Energiemix und Laufzeitverlängerung für Atomkraftwerke
Drs. 18/233, 18/1296 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Landesentwicklung, Energie, Medien und Digitalisierung

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Familienfreundliches Teilzeit-Referendariat für Junglehrkräfte aller Schularten ermöglichen
Drs. 18/234, 18/681 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Fragen des öffentlichen Dienstes

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

8. Antrag der Abgeordneten Doris Rauscher, Martina Fehlner, Volkmar Halbleib u.a. SPD
Für ein buntes Bayern jetzt – 1
Endlich Landesprogramm für Akzeptanz und Vielfalt vorlegen!
Drs. 18/237, 18/749 (A)

der Antrag wird gesondert beraten

9. Antrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Rosi Steinberger u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Zugabe von Mikroplastik dulden
Drs. 18/274, 18/1094 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

10. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegerische Angehörige besser unterstützen I – Datenbank mit Angeboten etablieren
Drs. 18/277, 18/1257 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

11. Antrag der Abgeordneten Ruth Waldmann, Michael Busch, Klaus Adelt u. a. SPD
Pflegerische Angehörige besser unterstützen II – Netzwerkarbeit und Care Management verbessern sowie Koordinierungsstelle Pflegeberatung schaffen
Drs. 18/278, 18/1258 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Gesundheit und Pflege

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

21. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Gülseren Demirel u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Trennung der Kinder von ihren Familien und keine Schwangeren in Abschiebehaft
Drs. 18/384, 18/580 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

22. Antrag der Abgeordneten Eric Beißwenger, Volker Bauer, Barbara Becker u. a. CSU
Prävention vor und Management von invasiven Tier- und Pflanzenarten
Drs. 18/395, 18/1093 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Verbraucherschutz

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

23. Antrag der Abgeordneten Christian Flisek, Klaus Adelt, Alexandra Hiersemann u. a. SPD
Beschluss des Bundesverfassungsgerichts zur Verfassungswidrigkeit von Wahlrechtsausschlüssen in Landesrecht umsetzen!
Drs. 18/420, 18/1291 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input type="checkbox"/>					

Die FDP-Fraktion hat beantragt, das Votum „Zustimmung“ zugrunde zu legen

24. Antrag der Abgeordneten Thomas Huber, Petra Guttenberger, Prof. Dr. Winfried Bausback u. a. CSU, Florian Streibl, Dr. Fabian Mehring, Alexander Hold u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Wahlrecht reformieren – Beseitigung der Ungleichbehandlung von Menschen mit Behinderung bei Wahlen
Drs. 18/443, 18/1292 (ENTH)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>

25. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Hans Urban u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Prekäre Situation für Forstabsolventen
Drs. 18/307, 18/1273 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten

der empfiehlt, den Antrag für erledigt zu erklären

26. Antrag der Abgeordneten Horst Arnold, Volkmar Halbleib SPD
Bekanntnis zum Grundstückserwerb für die Uniklinik Würzburg
Drs. 18/223, 18/932 (ENTH)

**Gem. § 126 Abs. 3 BayLTGeschO:
Votum des mitberatenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen**

CSU	GRÜ	FREIE WÄHLER	AfD	SPD	FDP
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/> ENTH	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>